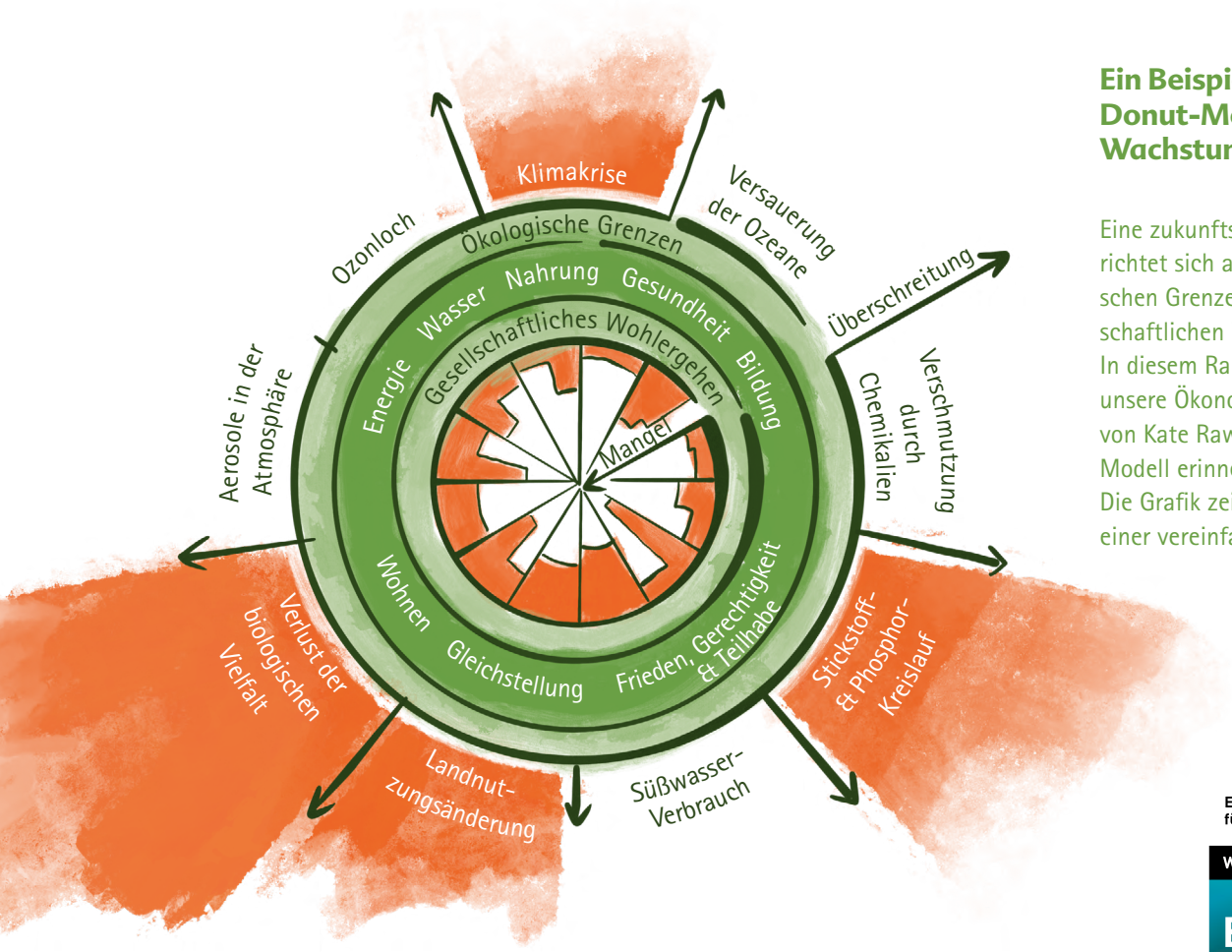
Bioökonomie:

Teilen und Umverteilen statt weiteres Wirtschaftswachstum und noch mehr Flächenkonkurrenz

Unser Wirtschaftssystem ist auf Wachstum ausgelegt. Die ökologischen und sozialen Konsequenzen dieser Fokussierung treten immer deutlicher hervor: Klimakrise, Artensterben, Ressourcenkrise und steigende soziale Ungleichheit sind die negativen Folgeerscheinungen der politischen Orientierung am Wachstumsparadigma. Wenn Bioökonomie nachhaltig, ökologisch und sozial gerecht gestaltet werden soll, kann stetiges Wachstum nicht länger ein wirtschaftspolitisches Ziel sein. Vielmehr muss unsere Wirtschaftspolitik darauf abzielen, die planetaren Grenzen einzuhalten.[1] *Wir alle müssen umdenken, um zu einer Postwachstumswirtschaft zu gelangen. Nur dann kann Bioökonomie zu einem guten Leben für alle beitragen.*

Die Erwartungen an die Bioökonomie sind hoch: Sie soll ein Schlüsselelement sein, um die Ziele für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu erreichen, also ein friedliches Zusammenleben ermöglichen, bei dem die ökologischen Belastungsgrenzen eingehalten werden und die Wirtschaft gleichzeitig weiter wachsen kann. In der Praxis verschärft die Bioökonomie jedoch bereits heute ökonomische Nutzungskonflikte, insbesondere Flächenkonkurrenzen. Um die Ziele der Bioökonomie miteinander in Einklang zu bringen, sollen Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch voneinander entkoppelt werden. Diese Vorstellung wird auch als „Green Growth" – also Grünes Wachstum bezeichnet. Es soll hauptsächlich durch effizienzsteigernde Maßnahmen erreicht werden. Global betrachtet, konnte eine solche Entkoppelung allerdings bisher nicht erreicht werden, und auch in Zukunft stehen die Chancen dafür schlecht.[2]



Ein Beispiel: Donut-Modell statt Wachstumsfixierung

Eine zukunftsfähige Wirtschaft richtet sich an den ökologischen Grenzen und am gesellschaftlichen Wohlergehen aus. In diesem Rahmen muss sich unsere Ökonomie bewegen. Das von Kate Raworth entworfene Modell erinnert an einen Donut. Die Grafik zeigt dieses Modell in einer vereinfachten Darstellung.

Eine Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

Wissenschaftsjahr 2020|21

BIOÖKONOMIE

REBOUND-EFFEKTE: EIN HINDERNIS FÜR „GREEN GROWTH“

Effizienzsteigernde Maßnahmen führen häufig nicht zu einem geringeren Ressourcenverbrauch. Vielmehr ermöglichen sie Kostenersparnisse, die häufig eine gesteigerte Nachfrage erzeugen. Eine ausreichende absolute Verringerung des Ressourcenverbrauches allein durch Effizienzsteigerungen ist deshalb nicht möglich.[3]

Noch immer wird steigendes Wachstum, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), als entscheidender Maßstab herangezogen, um gesellschaftlichen Wohlstand zu bestimmen. Dieses Verständnis greift viel zu kurz. Bleibt gesellschaftlicher Wohlstand weiter an dieser Kenngröße ausgerichtet, können keine sozial gerechten Produktions- und Konsummuster innerhalb der planetaren Grenzen entstehen, und Wirtschaftswachstum geht mit einem höheren Ressourcenverbrauch einher. Hierdurch werden die planetaren Grenzen in mehreren Bereichen, etwa der Treibhausgase, des Artenverlusts oder der Flächenumwandlung, dauerhaft überschritten. Das Modell der Donut-Ökonomie stellt einen Gegenentwurf zur Wachstumsfixierung dar.[4]

Für eine zukunftsfähige Postwachstumswirtschaft

Eine einfache Substitution fossiler durch nachwachsende Rohstoffe ist quantitativ nicht möglich, da nicht ansatzweise ausreichend Flächen für mehr Biomasseproduktion zur Verfügung steht.[5] Bioökonomie verschärft so die bereits bestehende Flächenkonkurrenz. Vor allem das hohe Konsumniveau im globalen Norden bringt einen riesigen Flächenverbrauch mit sich. Wenn jeder Mensch so viel Fleisch verzehren würde, wie der durchschnittliche Europäer, dann müssten 80% des zur Verfügung stehenden Ackerlandes für Fleischproduktion genutzt werden.[6]

Unser Konsum, aber auch unsere Wirtschaftsweise muss sich grundsätzlich verändern, um den Ressourcenverbrauch drastisch zu verringern. Veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen dienen dabei als Grundlage, um ressourcenleichtere Lebensstile zu ermöglichen. Nur wenn die Probleme an der Wurzel gelöst werden, kann eine Transformation hin zu einer wirklich nachhaltigen Wirtschaft gelingen.

Die Demokratisierung der Wirtschaft, in und über Unternehmen hinaus, ist ein wichtiger Teil der Transformation. Hierzu gehört auch, die Stärkung der Gemeingüter wie Boden, Luft, Fischbestände und Wasserressourcen sowie der öffentlichen Daseinsvorsorge. Jeder Mensch sollte einen Anspruch auf Teilhabe an Allgemeingütern und Einrichtungen der Daseinsvorsorge haben. Neue Eigentumsformen werden wichtiger, um auf ökologische und soziale Herausforderungen zu reagieren. Dabei steht Kooperation im Vordergrund. Solidarische Landwirtschaft, Bürger*innenenergieprojekte, urbane Gärten, selbstorganisierte Reparaturwerkstätten und Leihläden sind Beispiele für zukunftsfähige Formen alternativer ökonomischer Unternehmungen. Darüber hinaus können durch eine solidarische Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen lange, umweltschädliche Transport- und Reisewege reduziert werden. Regional entstehen neue Wertschöpfungsketten, und Produzent*innen und Konsument*innen rücken enger zusammen.

Fazit

Um zu einer nachhaltigen Bioökonomie zu gelangen, muss die Wachstumsfixierung der Wirtschaftspolitik beendet werden. Begrenzte Ressourcen und planetare Grenzen verdeutlichen: Ein „Weiter-wie-bisher“, bei dem sich lediglich die Rohstoffbasis ändert, ermöglicht keine umfassende Transformation. Damit sich ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Alternativen durchsetzen, bedarf es einer Bioökonomie im Rahmen einer Postwachstumswirtschaft, die nicht nur auf einem geringeren Verbrauch gründet, sondern auch zu regionaleren und demokratischeren Wirtschaftsstrukturen beiträgt. Auch unsere bisherigen Konsummuster und Lebensstile verändern sich dann: Mehr Mitbestimmung, mehr Gemeingut und weniger Verschwendung sind wichtige Bausteine eines guten Lebens für alle.

Zum Projekt

Diese Veröffentlichung wurde als Hintergrundmaterial für eine kritische Reflexion mit dem Konzept der Bioökonomie im Verbundvorhaben „Perspektivwechsel Bioökonomie“ erarbeitet. Projektpartner sind der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW). Das Projekt wird im Rahmen des Wissenschaftsjahres 2020/21 – Bioökonomie vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

Literaturverzeichnis unter
www.bund.net/biooekonomie

Herausgeber:
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.
Friends of the Earth Germany
Kaiserin-Augusta-Allee 5,
D-10553 Berlin
V.i.S.d.P.: Petra Kirberger

Gestaltung:
Sarah Heuzeroth

Datum:
November 2020

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

GEFÖRDERT VOM
Bundesministerium für Bildung und Forschung

Literatur

[1] W. Steffen et al.: Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet. In: Science 347/6223 (2015). DOI: 10.1126/science.1259855

[2] T. Parrique et al.: Decoupling Debunked. Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability. European Environmental Bureau (EEB), Brüssel, 2019.

[3] M. Golde: Rebound-Effekte – Empirische Ergebnisse und Handlungsstrategien. Umweltbundesamt (UBA), Dessau-Roßlau, 2016.

[4] K. Raworth, „Doghnut economics: seven ways to think like a 21st-centruy economist", Chelsea Green Publishing, 2017.

[5] J. Spangenberg/ W. Kuhlmann: Bioökonomie im Lichte der Nachhaltigkeit und der Umsetzung der SDGs. Bund für Umwelt und Naturschutz e.V./ denkhausbremen, 2020.

[6] A. Rodrigo: Landimporte - Welthandel ist Flächenhandel – und ungerechter Verbrauch. Bodenatlas, 2015.